

Anlage 1.1: Erläuterungsbericht

1. Planänderung zum Planfeststellungsverfahren

der

110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung
Wesel – Ufort, Bl. 4214

und der

380-kV-Höchstspannungsfreileitung
Ufort – Pkt. Hüls-West, Bl. 4208

gemäß Bedarfsplan Nr. 14 des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG),
im Planungsraum Wesel – Voerde sowie Rheinberg – Krefeld

0 Inhaltsverzeichnis

0	INHALTSVERZEICHNIS	2
1.	ERLÄUTERUNG	3
2	ZUSTÄNDIGKEITEN	4
2.1	VORHABENTRÄGERIN	4
2.2	PLANFESTSTELLUNGSBEHÖRDE	4
3	UMFANG DER PLANÄNDERUNG	4
3.1	ANPASSUNG DER LEITUNGSPLANUNG	5
3.1.1	VERSCHIEBUNG MAST NR. 29 DER BL. 4208	5
3.1.2	VERSCHIEBUNG MAST NR. 33 DER BL. 4208	5
3.1.3	VERSCHIEBUNG MAST NR. 59 DER BL. 4214	6
3.1.4	VERSCHIEBUNG MAST NR. 1001 DER BL. 4537	7
3.1.5	PLANÄNDERUNG IM BEREICH VIERBAUM (BL. 4214, MASTBEREICH NR. 44 BIS 47, BL. 1167 MAST 1A)	8
3.1.6	ÄNDERUNG DES MASTBILDES, MAST NR. 11 BL. 4214	9
3.1.7	ÄNDERUNG DES MASTBILDES, MAST NR. 39, 40, 41 BL. 4214	9
3.1.8	ANPASSUNG ZUWEGUNG SEILWINDENPLATZ UND ARBEITSFLÄCHE, BL. 4214, BL. 4575, MAST 2	10
3.1.9	ANPASSUNG SEILWINDENPLATZ BL. 4214, MAST 39	10
3.1.10	ANPASSUNG SEILWINDENPLATZ MAST NR. 2 (BL. 4208) BL. 0169	10
3.1.11	ANPASSUNG ARBEITSFLÄCHE MAST NR. 36, BL. 4208	11
3.1.12	ANPASSUNG DER TEMPORÄREN BAUMAßNAHMEN/PROVISORIEN	11
3.2	ANPASSUNG UND AKTUALISIERUNG DER UMWELTSTUDIE	12
3.2.1	DIE KOMPENSATIONSILANZ DES EINGRIFFS (GERÜSTBAUFLÄCHE ZUR VERKEHRSSICHERUNG AN DER L 10, MAST 162) WIRD ANGEPAßT.	12
3.2.2	AKTUALISIERUNG WALDINANSRUCHNAHME /WIEDERHERSTELLUNG VON WALDFLÄCHEN (MAßNAHME R05)	13
3.2.3	REDAKTIONELLE ÄNDERUNG AUFGRUND DER STELLUNGNAHME DES KREISES WESEL VOM 07.01.2020 ZUM ANGEMERKTEN BRUTPLATZ DES WANDERFALKEN	13
3.3	ANPASSUNG KOMPENSATIONSMAßNAHMEN/ÖKOKONTO	13
3.4	DER WASSERRECHTLICHE ANTRAG/ WASSERRECHTLICHER ERLAUBNISTATBESTAND DER BOHRPFAHLGRÜNDUNGEN	13
3.5	IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE STELLUNGNAHME	14
3.6	REDAKTIONELLE ANPASSUNG DER FUNDAMENTTABELLE	17
3.7	ANPASSUNG/AKTUALISIERUNG KREUZUNGSVERZEICHNIS	17
3.8	ANPASSUNG/AKTUALISIERUNG LEITUNGSRECHTSREGISTER	17

1. Erläuterung

Die Amprion GmbH plant zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen einer sicheren Energieversorgung, das Stromübertragungsnetz in Nordrhein-Westfalen auszubauen.

Hierfür soll die seit 1926 betriebene 220-kV-Freileitung Osterath – Wesel/Niederrhein, Bl. 2339, im Abschnitt zwischen der Umspannanlage Wesel/Niederrhein (Stadt Wesel) und der Umspannanlage Uftort (Stadt Moers) u.a. durch die 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Wesel - Uftort, Bl. 4214, ersetzt werden. Der Leitungsabschnitt hat eine Länge von ca. 10 km. Die 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Wesel - Uftort, Bl. 4214, führt zwei 110-kV-Stromkreise der Westnetz GmbH und zwei 380-kV-Stromkreise der Amprion GmbH.

Im Abschnitt zwischen der Umspannanlage Uftort (Stadt Moers) und dem sog. Pkt. Hüls-West (Stadt Krefeld) soll die bestehende 220-kV-Freileitung durch die ca. 14,6 km lange 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Uftort – Pkt. Hüls-West, Bl. 4208, ersetzt werden.

Zwischen dem Pkt. Hüls-West und St. Tönis besteht bereits eine Leitung (220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Uftort – St. Tönis, Bl. 4540), deren Masten für die Aufnahme von 380-kV-Leiterseilen vorgesehen sind. Ab dem Pkt. Hüls-West soll durch Anpassung dieser seit 1980 bestehenden 220-/380-kV-Freileitung Uftort – St. Tönis, Bl. 4540, die 380-kV-Verbindung bis in den Bereich der Umspannanlage St. Tönis geschlossen werden. Hierzu soll die Beseilung auf dem rd. 6,6 km langen Leitungsabschnitt verstärkt werden, sowie ein Mast im Bereich der UA St. Tönis ersetzt werden.

Weiterhin sind wenige, kleinräumige, lokale Änderungen an den angrenzenden Anschlusspunkten erforderlich, um das Vorhaben in das bestehende Netz zu integrieren. Hierzu zählen u.a. Leitungsverschnenkungen sowie der Neubau bzw. Ersatzneubau von einzelnen Masten.

Die geplante Maßnahme ist Bestandteil der Strecke Niederrhein – Uftort - Osterath, gemäß Nr. 14 des Bedarfsplans (EnLAG).

Im Oktober 2019 wurde ein Planfeststellungsverfahren für das geplante Vorhaben durch die Amprion GmbH bei der Bezirksregierung Düsseldorf („Genehmigungsbehörde“) beantragt. Das Genehmigungsverfahren wurde im November 2019 durch die Genehmigungsbehörde eingeleitet. Weiterhin hatten die Einwender und Betroffenen mit Beginn der Offenlage ab dem 06.11.2019 bis zum 06.12.2019 die Möglichkeit ihre Einwände bei der Bezirksregierung Düsseldorf anzubringen. Zwischen dem 12.-13. Mai 2020 wurden die vorgebrachten Einwendungen in einem nicht öffentlichen Termin in der Stadt Moers durch die Genehmigungsbehörde erörtert.

Nach Auswertung der in das Planfeststellungsverfahren von Privaten und Träger öffentlicher Belange (TöB) eingebrachten Einwendungen und Stellungnahmen, beabsichtigt die Amprion GmbH eine Planänderung des Vorhabens. Die Planänderung umfasst im Wesentlichen eine Trassenverschnenkung im Bereich Vierbaum sowie die Anpassung einzelner Maststandorte, Mastarten. Im Rahmen der Planänderung werden alle hiermit im Zusammenhang stehenden Unterlagen, insbesondere die umweltfachliche Betrachtung, aktualisiert.

2 Zuständigkeiten

2.1 Vorhabenträgerin

Trägerin des Vorhabens ist die

Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund
Tel.-Nr.: +49-231-5849-0

Für Rückfragen zum Aufbau der Genehmigungsunterlagen steht die Vorhabenträgerin über die u.g. Kontaktpersonen zur Verfügung. Die Vorhabenträgerin kann keine Aussagen zum Verfahrensablauf bzw. Verfahrensstand geben.

Kontakt über:

- Externe Kommunikation [K-E]
Frau Anne Frentrop

oder
- Genehmigungen Leitungen West [G-PG-W]
Herrn Dipl. – Ing. Karsten Spiecker

2.2 Planfeststellungsbehörde

Das Vorhaben berührt die örtliche Zuständigkeit der Bezirksregierung Düsseldorf. Die zuständige Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde für die geplanten Maßnahmen ist demnach die

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 25 - Verkehr
Am Bonnhof 35
40474 Düsseldorf

3 Umfang der Planänderung

Die Planänderungen sind in den nachfolgenden Abschnitten textlich erläutert. Weiterhin sind die Änderungen gegenüber der bisherigen Planung in den beigefügten Anlagen (Übersichtsplan, Masttabelle, Fundamenttabelle, Lagepläne M 1:2000, Register, Kreuzungsnachweis und Umweltstudie) dargestellt.

Hierbei ist die ursprüngliche Planung in den M 1:2000 Lageplänen (z.B. alter Maststandort) in einem farblich abgeschwächten braun dargestellt, während die weiterhin gültige Planung, inkl. aktualisierter Planänderung, in rot dargestellt ist.

Änderungen in der Mast- und Fundamenttabelle sowie den Registern und Kreuzungsnachweisen sind farblich rot hervorgehoben.

3.1 Anpassung der Leitungsplanung

3.1.1 Verschiebung Mast Nr. 29 der Bl. 4208

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens wies die untere Wasserbehörde auf die Anforderung zur Freihaltung des Gewässerrandstreifens gemäß § 38 WHG hin.

Um den in § 38 WHG Abs. 3 angegeben Abstand von fünf Metern zwischen Böschungsoberkante des Grabens am Waldwinkel (ONr. 28a, GWK o.Nr.) und der Fundamentaußenkante des geplanten Mastes einzuhalten, beabsichtigt die Amprion GmbH eine Planänderung für den Maststandort Nr. 29 der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Uftort - Pkt. Hüls-West Bl. 4208.

Hierbei handelt es sich um eine Mastverschiebung auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche in der geplanten Leitungsachse, um 1,5 Meter. Die geplante Masthöhe und Fundamentabmessung ändern sich gegenüber der bisherigen Planung nicht. Durch die Mastverschiebung wird kein neues Grundstück in Anspruch genommen, das bisher nicht von dem Mast 29 betroffen war. Weiterhin bleibt die flächenmäßige Beanspruchung des Grundstücks unverändert.

Die Mastverschiebung wird hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung mit den betroffenen Eigentümern und Pächtern besprochen und dementsprechend vertraglich geregelt.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Tönisberg (Stadt Kempen).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Übersichtsplan (Anlage 2, Blatt 2)
- Masttabelle (Anlage 4.2)
- Lageplan: (Anlage 7.2.5/1)
- Leitungsrechtregister (Anlage 8.2.5)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 9.2)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Die Mastverschiebung bewirkt keine anderen Belastungen der betroffenen Schutzgüter.

3.1.2 Verschiebung Mast Nr. 33 der Bl. 4208

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens wies die Untere Wasserbehörde auf die Anforderung zur Freihaltung des Gewässerrandstreifens gemäß § 38 WHG hin.

Um den in § 38 WHG Abs. 3 angegeben Abstand von fünf Metern zwischen Böschungsoberkante des Grabens am Waldwinkel (ONr. 33a, GWK 28644322) und der Fundamentaußenkante des geplanten Mastes einzuhalten, beabsichtigt die Amprion GmbH eine Planänderung für den Maststandort Nr. 33 der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Uftort - Pkt. Hüls-West Bl. 4208 vorzunehmen.

Hierbei handelt es sich um eine kleinräumige Mastverschiebung, um 3,5 Meter, auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von der Flurstücksgrenze sowie der Böschungsoberkante des

Bruchgrabens fort. Die Mastverschiebung erfolgt in der geplanten Leitungsachse in Richtung Mast 32.

Die Mastverschiebung wird hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung mit den betroffenen Eigentümern und Pächtern besprochen und dementsprechend vertraglich geregelt.

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Durch diese Planänderung werden keine neuen Flurstücke beansprucht, die bisher nicht am Planfeststellungsverfahren beteiligt waren.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Hüls (Stadt Krefeld).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Übersichtsplan (Anlage 2, Blatt 2)
- Masttabelle (Anlage 4.2)
- Lageplan: (Anlage 7.2.7/1)
- Leitungsrechtregister (Anlage 8.2.7)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 9.2)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Die Mastverschiebung bewirkt keine anderen Belastungen der betroffenen Schutzgüter.

3.1.3 Verschiebung Mast Nr. 59 der Bl. 4214

Der geplante Mast Nr. 59 der 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Wesel - Uffort, Bl. 4214 befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einer Fremdleitung, betrieben durch die Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH (RMR).

Um die geltenden AfK (Arbeitsgemeinschaft für Korrosionsfragen) -Empfehlung Nr. 3 „Maßnahmen beim Bau und Betrieb von Rohrleitungen im Einflussbereich von Hochspannungs-Drehstromanlagen und Wechselstrom-Bahnanlage (textgleich mit DVGW-Arbeitsblatt GW 22 und der Technischen Empfehlung Nr. 7 der Schiedsstelle für Beeinflussungsfragen) einzuhalten, beabsichtigt die Amprion GmbH eine Planänderung für diesen Maststandort.

Hierbei handelt es sich um eine kleinräumige Mastverschiebung innerhalb der geplanten Leitungstrasse von rd. 19 m in Richtung des Masten Nr. 58 der Bl. 4214.

Die Mastverschiebung wird hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung mit den betroffenen Eigentümern und Pächtern besprochen und dementsprechend vertraglich geregelt.

Die technischen Änderungen sind den Anlagen zu entnehmen. Durch diese Planänderung werden keine neuen Flurstücke beansprucht, die bisher nicht am Planfeststellungsverfahren beteiligt waren.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Repelen (Stadt Moers).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Übersichtsplan (Anlage 2, Blatt 1)
- Masttabelle (Anlage 4.1)
- Lageplan: (Anlage 7.1.9/4)
- Leitungsrechtregister (Anlage 8.1.9)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 9.1)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Die Mastverschiebung bewirkt keine anderen Belastungen der betroffenen Schutzgüter.

3.1.4 Verschiebung Mast Nr. 1001 der Bl. 4537

Der geplante Mast Nr. 1001 der 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Uftort - Walsum, Bl. 4537 befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einer Fremdleitung, betrieben durch die Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH (RMR).

Um die geltenden AfK (Arbeitsgemeinschaft für Korrosionsfragen) -Empfehlung Nr. 3 „Maßnahmen beim Bau und Betrieb von Rohrleitungen im Einflussbereich von Hochspannungs-Drehstromanlagen und Wechselstrom-Bahnanlage (textgleich mit DVGW-Arbeitsblatt GW 22 und der Technischen Empfehlung Nr. 7 der Schiedsstelle für Beeinflussungsfragen) einzuhalten, beabsichtigt die Amprion GmbH eine Planänderung für diesen Maststandort.

Hierbei handelt es sich um eine kleinräumige Mastverschiebung innerhalb der geplanten Leitungstrasse von rd. 15 m in Richtung des geplanten Masten 1002 der Bl. 4537.

Die Mastverschiebung wird hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung mit den betroffenen Eigentümern und Pächtern besprochen und dementsprechend vertraglich geregelt.

Die technischen Änderungen sind den Anlagen zu entnehmen. Durch diese Planänderung werden keine neuen Flurstücke beansprucht, die bisher nicht am Planfeststellungsverfahren beteiligt waren.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Repelen (Stadt Moers).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Übersichtsplan (Anlage 2, Blatt 1)
- Masttabelle (Anlage 4.3)
- Lageplan: (Anlage 7.3.1/1)
- Leitungsrechtregister (Anlage 8.3.1)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 9.3)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Die Mastverschiebung bewirkt keine anderen Belastungen der betroffenen Schutzgüter.

3.1.5 Planänderung im Bereich Vierbaum (Bl. 4214, Mastbereich Nr. 44 bis 47, Bl. 1167 Mast 1A)

Aufgrund der im Erörterungstermin vorgebrachten Einwände hat Amprion eine erneute Prüfung der Trassenführung im Bereich der Vierbaumer Heide zugesagt, um die Distanzverhältnisse zur Wohnbebauung Vierbaumer Heide 14/16 zu verbessern.

Durch die Anpassung der Planung soll eine Berücksichtigung der Belange der Einwender, des Kiesabbaues und der Vorhabenträgerin in einer Kompromisslösung erfolgen.

Mit der Planänderung schwenkt die geplante Leitung in Rheinberg, Ortslage Vierbaum um bis zu ca. 215 m nach Westen aus. Die Verschwenkung der Leitungstrasse führt zur Entlastung der Wohngebäude im Außenbereich (Vierbaumer Heide).

Durch die Verschwenkung der Trasse wird im Bereich des geplanten Mastes Nr. 45 eine für den Kiesabbau planfestgestellte Aufforstungsfläche (südlich des Vierbaumer Weges) tangiert. Die derzeit noch nicht realisierte Aufforstungsfläche wird durch den Schutzstreifen der Freileitung am östlichen Rand leicht überspannt. Mit der hier beantragten Planänderung soll, in Abstimmung mit dem Kiesabbau, den Flächeneigentümer sowie Wald und Holz NRW die Umsetzung der planfestgestellten Aufforstungsfläche nicht gefährdet werden. Etwaige wirtschaftliche Nachteile, durch geringfügige Anpassung der Ausführungsplanung, werden im Rahmen privatrechtlicher Vereinbarungen mit den Betroffenen geregelt (siehe auch Anlage 13 Teil G, Kap. 4.4).

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Vierbaum (Stadt Rheinberg).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Übersichtsplan (Anlage 2, Blatt 1)
- Masttabelle (Anlage 4.1, 4.7)
- Fundamenttabelle (Anlage 6.1)
- Lageplan: (Anlage 7.1.7/2; 7.1.8/1; 7.7.1/1)
- Leitungsrechtregister (Anlage 8.1.7, 8.1.8; 8.7.1)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 9.1, 9.7)
- Siehe auch 3.1.12 Anpassung der temporären Baumaßnahmen/Provisorien

Die umweltfachliche Bewertung der Planänderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung enthalten (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.2).

Die angepasste technische Planung der Amprion wurde schutzgutübergreifend betrachtet. Die Änderungen wurden verbal beschrieben und hinsichtlich möglicher entscheidungserheblicher geänderter Sachverhalte untersucht.

Neue entscheidungserhebliche Umweltauswirkungen ergeben sich durch die geänderten Planungen nicht. Es kommt jedoch bei einzelnen Schutzgütern zu einer Änderung des Umfangs (Länge oder Fläche) oder zu einer leichten Erhöhung durch die zahlenmäßig größere Mastzahl der bereits in der beantragten Fassung dargelegten Auswirkungen.

Durch Anpassung entsprechender bereits in die bisherige Planung eingebrachter Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen können diese Auswirkungen auf die Schutzgüter im Trassenver-

lauf reduziert werden, sodass auch in den Konfliktbereichen eine umweltverträgliche Trassenführung gegeben ist. Diese geänderten Konfliktbereiche stellen somit kein Ausschlusskriterium für eine angepasste Trassierung und technische Planung im betreffenden Raum dar.

3.1.6 Änderung des Mastbildes, Mast Nr. 11 Bl. 4214

Die Bauausführung des geplanten Mastes Nr. 11 soll anstelle einer Einfach-Erdseilstütze mit einer Doppel-Erdseilstütze umgesetzt werden. Hierdurch verringert sich die Masthöhe um 5 Meter. Mit dieser Änderung soll eine einheitliche Bauausführung mit den umliegenden Masttypen sichergestellt werden (Mast 1 bis 10 sind bereits mit Doppel-Erdseilstützen geplant). Weiterhin soll mit dieser Änderung die angrenzend geplante Kabelanlage vor den Auswirkungen einer atmosphärischen Entladung (Blitzeinschlag) geschützt werden. Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Voerde (Stadt Voerde(Niederrhein)).

Die technischen Änderungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Siehe z.B. Anlage:

- Masttabelle (Anlage 4.1)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die Reduzierung der Masthöhe ergibt sich eine leichte Verringerung der Auswirkungen auf das Wohnumfeld und das Landschaftsbild, da die erforderliche Masterrhöhung geringer ausfällt. Jedoch verbleiben die geringen bis sehr geringen Belastungen für das Landschaftsbild und die mittlere Auswirkungssintensität auf die Wohnumfeldfunktion.

3.1.7 Änderung des Mastbildes, Mast Nr. 39, 40, 41 Bl. 4214

Die Bauausführung der geplanten Maste Nr. 39, 40, und 41 soll anstelle einer Einfach-Erdseilstütze mit einer Doppel-Erdseilstütze umgesetzt werden. Hierdurch verringert sich die Masthöhe um 3 bis 5 Meter. Mit dieser Änderung soll die angrenzend geplante Kabelanlage vor den Auswirkungen einer atmosphärischen Entladung (Blitzeinschlag) geschützt werden. Mit der Verwendung eines zusätzlichen Erdseiles kann die maximale Blitzstromstärke in einem spannungsführenden Leiterseil, bei direktem Blitzeinschlag, reduziert werden. Mit dieser Maßnahme werden die Mantelschirmableiter einer angrenzenden Kabelanlage thermische entlastet und die Betriebssicherheit erhöht.

Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Budberg (Nr. 39 + 40) und Vierbaum (Nr. 41) (Stadt Rheinberg).

Die technischen Änderungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Siehe z.B. Anlage:

- Masttabelle (Anlage 4.1)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die Reduzierung der Masthöhe ergibt sich eine leichte Verringerung der Auswirkungen auf das Wohnumfeld und das Landschaftsbild, da die erforderliche Masterrhöhung geringer ausfällt. Jedoch verbleiben

die geringen bis sehr geringen Belastungen für das Landschaftsbild und die mittlere Auswirkungsintensität auf die Wohnumfeldfunktion.

3.1.8 Anpassung Zuwegung Seilwindenplatz und Arbeitsfläche, Bl. 4214, Bl. 4575, Mast 2

Auf Hinweis der Stadt Moers/ eines Einwenders beabsichtigt Amprion die Arbeitsfläche des Masts 2 der Bl. 4214 geringfügig zu ändern um Gehölzstrukturen zu schonen und so den Eingriff zu minimieren. Die Zuwegung zu einem Seilwindenplatz zur Auflage der Leiterseile der Bl. 4575 wird hierdurch ebenfalls geringfügig verändert. Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Wesel (Stadt Wesel).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Lageplan: (Anlage 7.1.2/1; 7.5.1/1)
- Leitungsrechtsregister (Anlage 8.1.2; 8.5.1)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die kleinräumige Optimierung der Eingriffe in randliche Biotopstrukturen werden andere Schutzgüter nicht stärker belastet.

3.1.9 Anpassung Seilwindenplatz Bl. 4214, Mast 39

Auf Hinweis der Stadt Moers/ eines Einwenders beabsichtigt Amprion den Seilwindenplatz zu Mast 39 der Bl. 4214 geringfügig zu ändern um Gehölzstrukturen zu schonen und so den Eingriff zu minimieren. Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Budberg (Stadt Rheinberg).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Lageplan: (Anlage 7.1.6/1)
- Leitungsrechtsregister (Anlage 8.1.6)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die kleinräumige Optimierung der Eingriffe in Biotopstrukturen werden andere Schutzgüter nicht stärker belastet.

3.1.10 Anpassung Seilwindenplatz Mast Nr. 2 (Bl. 4208) Bl. 0169

Auf Hinweis der Stadt Moers/ eines Einwenders beabsichtigt Amprion den Seilwindenplatz zu Mast 2 (Bl. 4208) zur Auflage der Leiterseile der Bl. 0169 geringfügig zu verschieben um Gehölzstrukturen zu schonen und so den Eingriff zu minimieren. Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Repelen (Stadt Moers).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Lageplan: (Anlage 7.8.1/1)
- Leitungsrechtsregister (Anlage 8.8.1)

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die kleinräumige Optimierung der Eingriffe in Biotopstrukturen werden andere Schutzgüter nicht stärker belastet.

3.1.11 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 36, Bl. 4208

Zur Schonung einer Gehölzreihe an der Klever Straße beabsichtigt Amprion die Arbeits- und Gerüstbaufäche am Mast Nr. 36 (Bl. 4208) geringfügig zu ändern. Durch diese Planänderung werden keine neuen Betroffenheiten ausgelöst.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Hüls (Stadt Krefeld).

Die technischen Änderungen und betroffenen Grundflächen sind den Anlagen zu entnehmen. Siehe z.B. Anlage:

- Lageplan: (Anlage 7.2.7/2)

3.1.12 Anpassung der temporären Baumaßnahmen/Provisorien

Im Bereich Vierbaum war, gemäß der Antragsstellung vom Okt. 2019, ein 110-kV-Freileitungsprovisorium Bl. 1167 für die 110-kV-Versorgung der UA Vierbaum vorgesehen (siehe Abbildung 1).

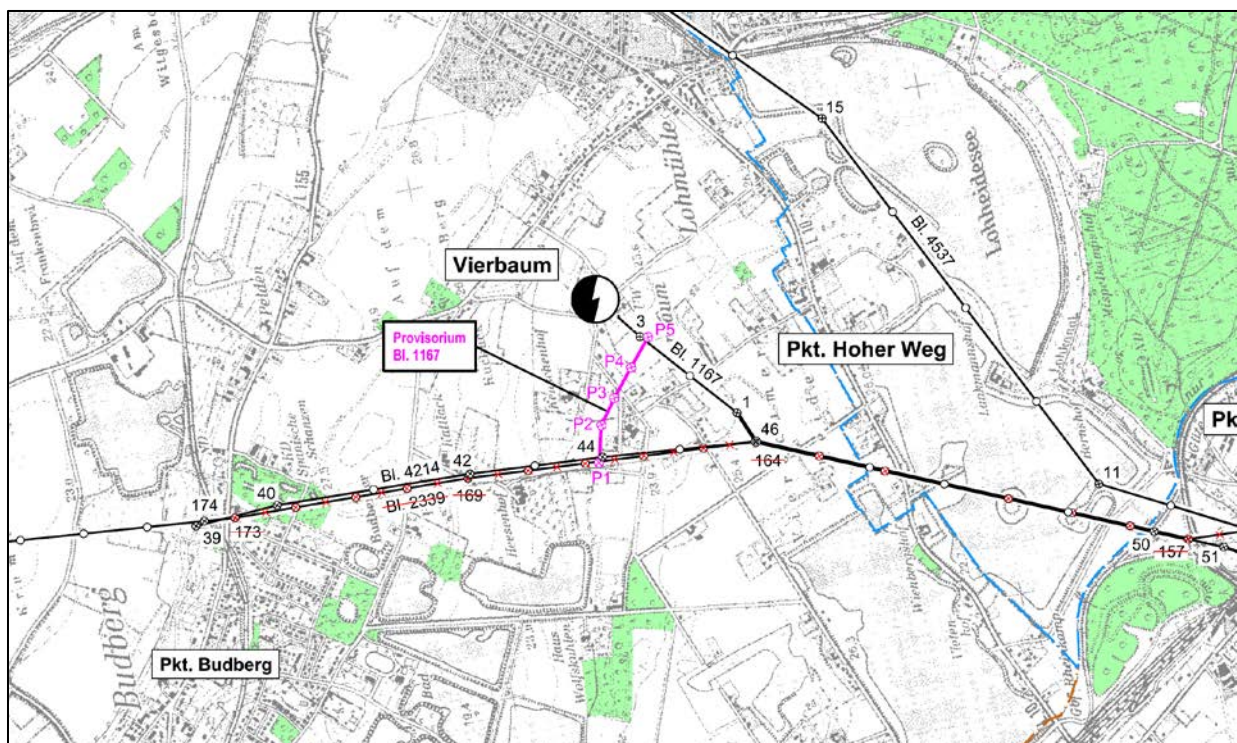


Abbildung 1: Ursprünglich geplantes Provisorium im Bereich Vierbaum (Anlage 12.1, Blatt 1, Antragsunterlage vom Okt. 2019) soll ersatzlos entfallen

Mit der Umsetzung der Planänderung im Bereich Vierbaum (siehe Kapitel 3.1.5) kann das geplante Provisorium entfallen, da während der Bauphase die Versorgung der UA Vierbaum über die bestehenden Leitungen sichergestellt werden kann. Das ursprünglich geplante 110-kV-Freileitungsprovisorium Bl. 1167 (P1 bis P5) soll demzufolge ersatzlos entfallen.

Die Planänderung bezieht sich auf die Gemarkung Vierbaum (Stadt Rheinberg).

Somit kann die Planfeststellung folgender Unterlagen entfallen:

- Masttabelle Anlage 12.3.1, entfällt
- Lageplan 12.4.3.1/1, entfällt
- Leitungsrechtsregister Anlage 12.5.3.1, entfällt
- Kreuzungsverzeichnis 12.6.3, entfällt
- Nachweis über die Einhaltung der Grenzwerte 12.7.P1 entfällt

Auf eine Anpassung der vorhandenen Übersichtspläne, Blattschnittkarten (Anlage 12.1 und 12.4A) sowie die Schemazeichnungen der Provisorien wird verzichtet, um den Umfang der Antragsunterlagen zu begrenzen.

- Schemazeichnungen der Provisorien, Anlage 12.2, Blatt 1 von 5, ist nicht mehr relevant
- Übersichtsplan Anlage 12.1, Blatt 1, Darstellung des 110-kV-Freileitungsprovisoriums Bl. 1167 ist nicht mehr relevant
- Blattschnittübersicht 12.4A, Blatt 1, Darstellung des 110-kV-Freileitungsprovisoriums Bl. 1167 ist nicht mehr relevant

Die umweltfachliche Bewertung der Änderung ist in der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung berücksichtigt (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 3.1). Durch die kleinräumige Optimierung der Eingriffe in Biotopstrukturen werden andere Schutzgüter nicht stärker belastet.

3.2 Anpassung und Aktualisierung der Umweltstudie

Im Rahmen der Planänderung wurde in der umweltfachlichen Stellungnahme neben der Bewertung der eingebrachten Planänderungen auch Belange aus den in der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen aufgegriffen. Im Folgenden werden, abgesehen von kleineren redaktionellen Anpassungen, die keine inhaltlichen Auswirkungen haben, die wesentlichen Änderungen beschrieben.

3.2.1 Die Kompensationsbilanz des Eingriffs (Gerüstbaufläche zur Verkehrssicherung an der L 10, Mast 162) wird angepasst.

Die Stadt Duisburg hat im Rahmen der Beteiligung in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass eine Waldfläche westlich von Mast 162 (Bestand) bzw. Mast 47 (Planung), die als umgesetzte Maßnahmenfläche eines Ökokontos der Stadt Duisburg anzusprechen ist, in der Antragsfassung der Unterlage nicht korrekt berücksichtigt wurde. In der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 4.4) wird hierzu ausführlich eingegangen und die erforderliche zusätzliche Kompensation bilanziert.

3.2.2 Aktualisierung Waldinanspruchnahme /Wiederherstellung von Waldflächen (Maßnahme R05)

Im Rahmen der Anhörung wurden Anmerkungen zur baubedingten bzw. zur dauerhaften Waldumwandlung für die Maststandorte sowie die temporäre Wuchshöhenbeschränkung im Wald von Seiten des Regionalforstamtes Niederrhein (Stellungnahme T045 vom 10.12.2019) vorgebracht, die im Rahmen der Gegenäußerung und der Synopse vom 6.3.2020 von Seiten der Antragstellerin ergänzt worden sind. In der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 4.3) wird hierzu ausführlich eingegangen und die erforderliche forstliche Kompensation bilanziert.

3.2.3 Redaktionelle Änderung aufgrund der Stellungnahme des Kreises Wesel vom 07.01.2020 zum angemerkten Brutplatz des Wanderfalken

Der in der Stellungnahme des Kreises Wesel vom 07.01.2020 angemerkte Brutplatz des Wanderfalken befindet sich, wie in der Synopse von der Vorhabenträgerin dargelegt, auf dem Bestandsmast Nr. 18 der Bl. 4575. In der umweltfachlichen Stellungnahme zur 1. Planänderung (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 4.6) wird hierzu ausführlich eingegangen.

3.3 Anpassung Kompensationsmaßnahmen/Ökokonto

Die erforderliche trassenferne Kompensationsmaßnahme ist aufgrund erfolgter Abstimmungen mit der UNB des Kreises Wesel zur Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes des Ökokontos der Amprion GmbH ebenfalls planerisch überarbeitet und angepasst worden (s. Anlage 13 Teil G, Kap. 4.2 sowie Plananlage D4 und Anlage 14).

Die Maßnahmen stammen aus einem vom Vorhabenträger angelegten und vom Kreis Wesel anerkannten Kompensationsflächenpool. Eine grundbuchrechtliche Sicherung ist damit gewährleistet. Die Flächen des Kompensationsflächenpools befinden sich auf einem zusammenhängenden, etwa 19 ha großen Liegenschaftskomplex nordöstlich der Stadt Dinslaken in der Gemarkung Hiesfeld, Flur 13, Flurstück 372.

Durch die angepasste Eingriffsermittlung ergibt sich auch eine angepasste Kompensationsbilanzierung. Der Bedarf der für die dauerhafte Waldumwandlung in Höhe von 1.210 m² (forstrechtliche Kompensation) wird durch die Aufforstung von naturnahen Laubmischwald auf einer Fläche von 1.210 m² ebenfalls im Ökokonto nachgewiesen.

3.4 Der wasserrechtliche Antrag/ Wasserrechtlicher Erlaubnistatbestand der Bohrpfahlgründungen

Für das geplante Vorhaben ist eine Bohrpfahlgründung der Maste an den vorwiegenden Standorten vorgesehen. Die entsprechenden Fundamentangaben sind/waren in den Fundamentskizzen und in den Fundamenttabellen dargelegt.

Nach derzeitigem Planungsstand werden die Bohrpfähle eine Tiefe zwischen 20 m und 25 m haben. Aufgrund der zu erwartenden Grundwasserstände zwischen 1 m und 10 m unter GOK werden demnach die Bohrpfähle das Grundwasser tangieren. Dies ist eine wasserrechtliche Benutzung insb. nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG (Einführen von festen Stoffen in das Grundwasser). Die hierfür erforderliche wasserrechtliche Zulassung gemäß §§ 8, 9 WHG wird formell im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens gemäß § 19 Abs. 1, 3 WHG beantragt.

(vgl. auch urspr. Erläuterungsbericht: Anlage 1.1, Ziff. 3.1.1 (S. 36) sowie 3.1.5.3 (S. 49)).

Zur Bewertung der wasserrechtlichen Auswirkungen wurde vom Institut für Umwelt-Analyse ein Gutachten (Wasserrechtlicher Fachbeitrag zur Durchführung von Wasserhaltungsmaßnahmen im Zuge des Neubaus von Freileitungsmasten – Dezember 2019) erstellt und den zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt (siehe Anlage 15.1). Im laufenden Planfeststellungsverfahren erfolgten hieraufhin entsprechende Stellungnahmen, z.T. mit Nebenbestimmungen.

Für die Umsetzung der 1. Planänderung hat das Institut für Umwelt-Analyse eine Kurzstellungnahme (Einfluss von Mastverschiebungen auf mögliche Wasserhaltungsmaßnahmen – Juli 2021) verfasst, um den Auswirkungen gegenüber der bisherigen Planung zu bewerten (siehe Anlage 15.2). Das Kurzgutachten kommt zu dem Ergebnis: *„Aufgrund der Voruntersuchung und den Abschätzungen aus der Flurabstandskarte des LANUV (Grundwasserstände von April 1988) ist eine Änderung der prognostizierten Wasserhaltung nicht zu erwarten. An Mast Nr. 46A der Bl. 4214 und Mast Nr. 1A der Bl. 1167 wurden bisher keine möglichen Wasserhaltungsmaßnahmen abgeschätzt. Aufgrund der zu erwartenden Grundwasserflurabstände und der Gründungsart wird an Mast Nr. 46A der Bl. 4214 voraussichtlich eine Wasserhaltung notwendig. An Mast Nr. 1A der Bl. 1167 ist nicht mit Grundwasser zu rechnen, sodass hier keine Wasserhaltungsmaßnahme benötigt wird.“* Der Absenkungsbetrag, Absenkungsreichweite und prognostizierte Wassermenge für Mast Nr. 46A der Bl. 4214 wurde in einer Tabelle dargestellt.

3.5 Immissionsschutzrechtliche Stellungnahme

Elektrische und magnetische Felder

Die geplanten Änderungen der Leitungsplanung der 1. Planänderung sind in den vorangegangenen Kapiteln bereits ausführlich beschrieben und werden im Folgenden noch einmal kurz zusammengefasst. Die vorgenommenen Anpassungen der Leitungsplanung bestehend aus kleinräumigen Änderungen der Maststandorte (Mast Nr. 29 der Bl. 4208, Mast Nr. 33 der Bl. 4208, Mast Nr. 59 der Bl. 4214, Mast Nr. 1001 der Bl. 4537), einer Verschwenkung im Bereich Vierbaum (Nr. 44 bis 47 der Bl. 4214) sowie der Änderung der Mastbilder (Mast Nr. 11 der Bl. 4214 und Mast Nr. 39 bis 41 der Bl. 4214) wurden in Hinblick auf die Anforderungen der Sechszwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV) unter Berücksichtigung der zuvor gebildeten sechs technischen Abschnitte geprüft. Insbesondere wurde untersucht, ob sich in dem jeweiligen technischen Abschnitt der maßgebliche Immissionsort mit der höchsten Exposition hinsichtlich der elektrischen Feldstärke und magnetischen Flussdichte aufgrund der 1. Planänderung ändert oder ein neuer maßgeblicher Immissionsort mit der höchsten Exposition entsteht. Die Prüfung ergibt, dass die 1. Planänderung keine Auswirkungen auf die bestehenden maßgeblichen Immissionsorte mit höchster Exposition hat mit Ausnahme von Nachweis 3. An allen maßgeblichen Immissionsorten werden die Anforderungen der 26. BImSchV weiterhin sicher eingehalten.

Im ersten technischen Abschnitt (UA Wesel/Niederrhein bis Pkt. Voerde) liegen die zwei maßgeblichen Immissionsorte mit der Nachweis Nr. 1 und 2. Für den maßgeblichen Immissionsort Nr. 2 im Spannungsfeld von Ersatzneubaumast Nr. 9 zu Nr. 10 bleibt der Nachweis Nr. 2 (vgl. Anlage 10.2 der Planfeststellungsunterlagen) weiterhin der zu betrachtende Ort mit der höchsten Exposition. Die Änderung des Mastbildes für Mast Nr. 11 der Bl. 4214 hat keine Auswirkungen

auf den zuvor ermittelten maßgeblichen Immissionsort Nr. 2 zur Folge. Die maximal prognostizierten Grenzwertausschöpfungen dieser Immissionsbeiträge bleiben unverändert und betragen nach wie vor 16 % im Falle der elektrischen Feldstärke sowie 12 % für die magnetische Flussdichte. Die Nachweise Nr. 1 (vgl. Anlage 10.1 der Planfeststellungsunterlagen) und Nr. 2 (vgl. Anlage 10.2 der Planfeststellungsunterlagen) sind fortwährend maßgebend und gültig für den ersten technischen Abschnitt.

Im zweiten technischen Abschnitt (Pkt. Budberg bis Pkt. Bornheim) befindet sich der maßgebliche Immissionsort mit der Nachweis Nr. 3. Für den maßgeblichen Immissionsort Nr. 3 im Spannungsfeld von Ersatzneubaumast Nr. 39 zu Nr. 40 wird der Nachweis Nr. 3 (vgl. Anlage 10.3 der Planfeststellungsunterlagen) aufgrund der Änderung des Mastbildes Nr. 39, 40, und 41 der Bl. 4214 angepasst. Der zu betrachtende Ort in Nachweis Nr. 3 mit der höchsten Exposition bleibt bestehen, allerdings erhöhen sich dort die Immissionsbeiträge gegenüber den Angaben in der bisherigen Anlage 10.3 der Planfeststellungsunterlagen. Die maximal prognostizierten Grenzwertausschöpfungen dieser Immissionsbeiträge betragen nunmehr 20 % im Falle der elektrischen Feldstärke sowie 21 % für die magnetische Flussdichte. In diesem technischen Abschnitt wurde darüber hinaus die Verschwenkung der Trassenachse (Mast Nr. 44 bis 47 der Bl. 4214) unter Berücksichtigung der Bl. 1167 ebenfalls untersucht. Diese technische Änderung hat keine Auswirkungen auf den neu bewerteten maßgeblichen Immissionsort Nr. 3. Entsprechend o.g. Änderungen wurde ein neuer Nachweis 3 - 1. Planänderung erstellt, siehe Anlage 10.3 des Antrags auf 1. Planänderung.

Im dritten technischen Abschnitt (Pkt. Bornheim bis UA Uftort) liegen die zwei maßgeblichen Immissionsorte mit der Nachweis Nr. 4 und 5. Für den maßgeblichen Immissionsort Nr. 5 im Spannungsfeld von Ersatzneubaumast Nr. 56 zu Nr. 57 bleibt der Nachweis Nr. 5 (vgl. Anlage 10.5 der Planfeststellungsunterlagen) weiterhin der zu betrachtende Ort mit der höchsten Exposition. Die Änderungen der Maststandorte für Mast Nr. 59 der Bl. 4214 und der parallelgeplante Mast Nr. 1001 der Bl. 4537 haben keine Auswirkungen auf den zuvor ermittelten maßgeblichen Immissionsort Nr. 5 zur Folge. Die maximal prognostizierten Grenzwertausschöpfungen dieser Immissionsbeiträge bleiben unverändert und betragen nach wie vor 48 % im Falle der elektrischen Feldstärke sowie 22 % für die magnetische Flussdichte. Die Nachweise Nr. 4 (vgl. Anlage 10.4 der Planfeststellungsunterlagen) und Nr. 5 (vgl. Anlage 10.5 der Planfeststellungsunterlagen) ist fortwährend maßgebend und gültig für den dritten technischen Abschnitt.

Im vierten technischen Abschnitt (UA Uftort bis Pkt. Neukirchen) werden keine relevanten Planänderungen durchgeführt.

Im fünften technischen Abschnitt (Pkt. Neukirchen bis Pkt. Hüls West) befindet sich der maßgebliche Immissionsort mit der Nachweis Nr. 8. Für den maßgeblichen Immissionsort Nr. 8 im Spannungsfeld von Neubaumast Nr. 34 zu Nr. 35 bleibt der Nachweis Nr. 8 (vgl. Anlage 10.8 der Planfeststellungsunterlagen) weiterhin der zu betrachtende Ort mit der höchsten Exposition. Die Änderungen der Maststandorte für Mast Nr. 29 der Bl. 4208 und Mast Nr. 33 der Bl. 4208 haben keine Auswirkungen auf den zuvor ermittelten maßgeblichen Immissionsort Nr. 8 zur Folge. Die maximal prognostizierten Grenzwertausschöpfungen dieser Immissionsbeiträge bleiben unverändert und betragen nach wie vor 48 % im Falle der elektrischen Feldstärke sowie 25 % für die magnetische Flussdichte. Die Nachweise Nr. 8 (vgl. Anlage 10.8 der Planfeststellungsunterlagen) ist fortwährend maßgebend und gültig für den dritten technischen Abschnitt.

Im sechsten technischen Abschnitt (Pkt. Hüls West bis St. Tönis) werden keine relevanten Planänderungen durchgeführt.

Die im Erläuterungsbericht beschriebenen maßgeblichen Immissionsorte mit der höchsten Exposition sind, mit Ausnahme der Anlage 10.3 der Planfeststellungsunterlagen, weiterhin gültig. Die höchsten Werte treten unverändert in den vorliegenden Nachweisen auf. Somit ergeben sich keine Änderungen der bereits im Planfeststellungsverfahren eingereichten Nachweise 1 und 2 sowie 4 bis 10 (vgl. Anlage 10.1 bis 10.2 sowie 10.4 bis 10.10 der Planfeststellungsunterlagen). Der angepasste Nachweis Nr. 3 (vgl. Anlage 10.3 des Antrages auf 1. Planänderung) liegt dem Antrag auf 1. Planänderung zum Planfeststellungsverfahren bei und ist nunmehr maßgebend und gültig für den zweiten technischen Abschnitt (Pkt. Budberg bis Pkt. Bornheim).

Mit der Umsetzung der 1. Planänderung im zweiten technischen Abschnitt (Pkt. Budberg bis Pkt. Bornheim) im Bereich Vierbaum kann das in diesem Bereich geplante 110-kV-Provisorium entfallen, da während der Bauphase die Versorgung der UA Vierbaum über die bestehenden Leitungen sichergestellt werden kann. Dementsprechend entfällt auch der maßgebliche Immissionsort im Spannungsfeld zwischen Mast Nr. P1 zu Nr. P2 sowie der Nachweis (vgl. Anlage 12.7.P1 der Planfeststellungsunterlagen).

Die Anforderungen der 26. BImSchV werden an allen Immissionsorten sicher eingehalten. Ebenso wird das Minimierungsgebot entsprechend den Vorgaben der 26. BImSchVVwV beachtet. Die Ausführungen dazu finden sich in Kapitel 5 des Erläuterungsberichts der Planfeststellungsunterlagen. Die Minimierungsmaßnahmen haben auch für die 1. Planänderung Gültigkeit und werden beibehalten.

Schallimmissionen

Im Rahmen der 1. Planänderung ist im Auftrag der Amprion GmbH durch den TÜV Hessen ein ergänzendes schalltechnisches Gutachten Nr. T 3769 (vgl. Anlage 11.1 des Antrages auf 1. Planänderung) erstellt worden, indem die schalltechnischen Auswirkungen durch die 1. Planänderung untersucht und hinsichtlich der Ergebnisse und Aussagen aus Gutachten Nr. T 1110 der Planfeststellungsunterlagen gemäß der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) diskutiert werden.

Das ergänzende Gutachten kommt zu dem Fazit, dass die Planänderungen keinen relevanten Einfluss auf die Geräuschemissionen haben, da sich vorliegend die Anordnung der schalltechnisch relevanten Leiterseile am Mast, die Art der Beseilung und die Betriebsspannung nicht ändert, sondern vor allem die Lage der Masten. Des Weiteren sind die in Abschnitt 9.3 des Gutachtens Nr. T 1110 dargestellten Emissionsansätze weiterhin für die Geräuschprognose der Freileitungen anzuwenden.

Das Gutachten hält zudem fest, dass unter Berücksichtigung der Planänderung an den untersuchten Immissionsorten keine schalltechnisch relevanten Auswirkungen zu erwarten sind. Somit besteht keine Notwendigkeit zusätzliche maßgebliche Immissionsorte zu untersuchen.

Die getroffenen Aussagen im Gutachten Nr. T 1110 bezüglich zu erwartender schädlicher Umwelteinwirkungen behalten ihre Gültigkeit. Eine detaillierte Beschreibung kann dem Gutachten Nr. T 3769 unter der Anlage 11.1 entnommen werden.

Zusammenfassung

Insgesamt kann festgehalten werden, dass alle immissionsschutzrechtlichen Vorgaben für elektrische und magnetische Felder sowie für Geräusche durch die 1. Planänderung erfüllt bleiben.

3.6 Redaktionelle Anpassung der Fundamenttabelle

Bei der Zusammenstellung der Antragsunterlagen wurde eine nicht zutreffende Fundamenttabelle für die Bl. 4575 (siehe Anlage 6.5) eingepflegt. Hierbei handelt es sich um eine rein redaktionelle Unstimmigkeit, die keinen Einfluss auf erfolgte Bilanzierungen, z.B. in der Umweltstudie hat, da hier von den zutreffenden Fundamentangaben ausgegangen worden ist.

3.7 Anpassung/Aktualisierung Kreuzungsverzeichnis

Im Zuge des Einwendungs- und Anhörungsverfahrens wurden weitere Hinweise zu kreuzenden Infrastrukturen und Fremdleitungen oder Fremdplanungen vorgebracht.

Änderungen sind den Kreuzungsverzeichnissen sowie den M 1:2.000 Lageplänen zu entnehmen und sind farblich rot hervorgehoben. Änderungen des Kreuzungsverzeichnisses ergeben sich durch Mastverschiebungen der 1. Planänderung sowie aufgenommenen Hinweisen des Einwendungs- und Anhörungsverfahrens.

3.8 Anpassung/Aktualisierung Leitungsrechtsregister

Bei der Zusammenstellung der Antragsunterlagen wurde das Leitungsrechtsregister der Bl. 4208 (siehe Anlage 8.2) betreffend, keine Unterscheidung zwischen der erstmals zu beschränkenden Schutzstreifenfläche und erstmals zu beschränkenden Waldfläche (a und Wa) sowie der bereits beschränkten Schutzstreifenfläche und bereits beschränkten Waldfläche (b und Wb) gemacht. Hierbei handelt es sich um eine rein redaktionelle Unstimmigkeit, die keinen Einfluss auf erfolgte Bilanzierungen, z.B. in der Umweltstudie hat, da hier von den zutreffenden Angaben zu Schutzstreifen und Waldflächen ausgegangen worden ist.